

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Produktives erstes Jahr

Der neue Präsident Ibrahim Solih ist seit einem Jahr im Amt. Nach der fünfjährigen Regierungszeit des autoritären Präsidenten Abdulla Yameen (2013-2018) kehrt allmählich wieder demokratische Normalität ein. Noch ist das Land stark mit der Aufarbeitung der Korruption und der Aufklärung politischer Morde unter Yameen beschäftigt. Außen- und finanzpolitisch hat es eine Hinwendung zu Indien vollzogen und bindet sich geostrategisch in eine informelle Indische-Ozean-Allianz unter Führung Indiens ein. Schritt für Schritt werden Wahlversprechen umgesetzt.

Teil dieser demokratischen Normalität ist ein überaus produktives Parlament, in dem seit der Parlamentswahl im April 2019 von 87 Sitzen 65 auf die Regierungspartei *Maledivan Democratic Party* (MDP) entfallen, die damit 20 Sitze über der einfachen Mehrheit liegt. Das *Majlis* genannte Parlament hat seither 31 Gesetze diskutiert und 14 verabschiedet. Beim neuen Fischereigesetz sieht die neue Regierung unter anderem die Gefahr der Überfischung der Gewässer in der exklusiven maledivischen Wirtschaftszone – sowohl durch maledivische als auch durch ausländische Fischer. Die Thunfisch-Fischerei ist der zweitwichtigste Exportsektor des Landes. Also will man ihre Ertragsfähigkeit durch eine nachhaltige Fischereipraxis sicherstellen.

Neuvergabe wichtiger Ämter

Auch bei der Neuvergabe wichtiger Führungsaufgaben in der Regierung entscheidet das Parlament mit. Bewilligt werden müssen etwa die Position des Gouverneurs der Zentralbank, oder die Ernennung der ersten Juristinnen zu Richterinnen im Rahmen der Erweiterung des Obersten Gerichtshof von fünf auf sieben Richter. Letzteres hat zu erheblichen Protesten von Seiten islamischer Rechtsgelehrter und der konservativen Religionspartei *Adhaalath* geführt. Sie sind der Ansicht, der Islam verbiete Frauen das Richteramt. Die Richter am Obersten Gerichtshof oder das neue Gericht für Drogendelikte wurden regelkonform auf Vorschlag der Kommission für den Juristischen Dienst und nach Abstimmung

im Parlament vom Präsidenten ernannt. Auch die Wiederbesetzung der Antikorruptionskommission wurde vom Parlament abgestimmt und anschließend ernannte der Präsident zwei Kommissare und drei Kommissarinnen. Dabei wurde die bisherige Leiterin der maledivischen Zweigstelle von *Transparency International* zur Präsidentin der Kommission bestimmt.

Geostrategische Anbindung

Ihr gewachsenes Interesse an stärkerer Integration der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans bekundete die maledivische Regierung Anfang September durch die Veranstaltung einer „*Indian Ocean Conference*“ gemeinsam mit der *India Foundation* und der *S. Rajaratnam School of International Studies* aus Singapur. Daran nahmen die Außenminister Indiens, Singapurs, Mauritius und andere sowie der Premierminister Sri Lankas teil. Als besonders wichtig für die regionale Kooperation beschrieb der maledivische Präsident Solih den Bedarf nach effektiven Institutionen, um den illegalen Handel insbesondere mit Drogen und Menschen zu unterbinden, dem Kollaps der Fischbestände im Indischen Ozean vorzubeugen sowie polizeiliche und geheimdienstliche Nachrichten zur Unterbindung von Terrorismus und Gewalt auszutauschen. Solih sagte, der Indische Ozean sei die am wenigsten integrierte Region der Erde. So trage der interregionale Handel nur fünf Prozent zum Handelsvolumen bei, in den ASEAN (Association of South East Asian Nations)-Staaten seien es 25 Prozent. Die kollektiven Wirtschaftsleistungen der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans könnten um 568 Milliarden US-Dollar jährlich gesteigert werden.

Am Rande der Konferenz unterzeichneten Indien und die Malediven einen Kooperationsvertrag zur gegenseitigen Unterstützung in der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung. Die Verfolgung von Verbrechen und Terrorismus erhält nun einen institutionellen Rahmen, damit polizeiliche Nachforschungen, Verhaftungen und Auslieferungen stattfinden können. Auch mit Sri Lanka, den Vereinigten Arabischen Emiraten und mit Russland führen die Malediven Verhandlungen zur polizeilichen Zusammenarbeit.

Aufarbeitung Korruption I – Pachtverträge für Inseln

Die Zusammenarbeit kann auch ohne Vertrag funktionieren. Das zeigt sich am Beispiel der Festnahme des früheren Vizepräsidenten der Malediven Ahmed Adeeb, den die indische Hafenspolizei im Hafen von Tuticorin als nicht registrierten Passagier eines Hafenschleppers festnahmen. Seine Auslieferung an die Malediven steht bevor. Ahmed Adeeb stand im Zentrum des bis dato größten Korruptionsskandals des Landes. 2015 wurde er zum Vizepräsidenten ernannt. Er hatte als Tourismusminister 2014 einer Reihe von in- und ausländischen Investoren Pachtverträge für 56 Inseln und Lagunen der Malediven ausgestellt und die dafür gezahlten Pachtgelder in Höhe von etwa 91 Millionen US-Dollar an 122 Offizielle und eine Million US-Dollar an den damaligen Präsidenten Abdulla Yameen überwiesen. 2016 wurde bei einer Wirtschaftsprüfung durch den maledivischen Rechnungshof bemerkt, dass das Geld nicht bei der für diese Transaktion zuständigen staatlichen Vermarktungsorganisation eingegangen war. Der ehemalige Präsident Yameen behauptet, er habe eine Million US-Dollar auf ein Treuhandkonto transferiert, und es stehe der staatlichen Vermarktungsorganisation zur Verfügung. Gleichzeitig kann er für die Herkunft von weiteren 6,5 Millionen US-Dollar auf seinen Konten keine Angaben machen. Bis heute konnten die Namen der 122 Empfänger der Pachtgelder nicht veröffentlicht werden.

Korruption II – der Mann fürs Illegale

Anfang 2016 war Ahmed Adeeb offenbar zu mächtig geworden. Präsident Yameen ließ eine Explosion an Bord seiner Privatyacht inszenieren und Beweise fälschen (*Maldives Independent*), die Ahmed Adeeb mit diesem vorgeblichen Mordversuch am Präsidenten in Verbindung brachten. Kurz vor der Verhaftung Ahmed Adeeb gelang es ihm, seine drei goldenen Mobiltelefone weiterzugeben. Wegen Terrorismus wurde Ahmed Adeeb zu 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Telefone wurden im September 2016 *Al Jazeera* zugespielt. Das *Al Jazeera*-Video „*Stealing Paradise*“¹ ist ein Lehrstück in Sachen regierungsorganisierter Kor-

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=15N9K3wXh0Y>.

ruption. Aus den Textnachrichten geht hervor, dass Adeeb zu Präsident Yameens linker Hand für alles Illegale geworden war. Er organisierte Geldwäsche durch die Staatsbank, Investition und die Weiterüberweisung an undurchsichtige Stiftungen in Panama in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar Bargeld mit unklarer Herkunft (möglicherweise aus Iran oder Indonesien) sowie die Verteilung der angefallenen „Gebühren“, also des Profits aus der Geldwäsche, an die regierende Führungsclique um Präsident Yameen. Säcke voll Bargeld wurden auf Mopeds zum Präsidenten und anderen hohen Regierungsvertretern transportiert. Adeeb befahl korrupten Polizeibeamten, die Redaktion der *Minivan News* anzuzünden, eine kritische Mediengruppe. Als der Journalist Rilwaan verschwand (siehe unten), veranlasste er die Polizei, Nachforschungen nur pro forma anzustellen. Er beauftragte seine Polizeikomplizen, die Zentralbank zusprennen, damit die Geldwäsche nicht bekannt würde. Das fand dann doch nicht statt, aber der Rechnungshofpräsident trat zurück. Er und elf seiner Familienmitglieder erhielten Todesdrohungen, um Stillschweigen zu bewahren. Direkt nach der Wahl und dem Regimewechsel Ende September 2018 wurde Ahmed Adeeb zu 33 Jahren wegen politischer Einflussnahme auf seinen Prozess annulliert. Er wurde auf freien Fuß gesetzt, aber mit einem Reiseverbot belegt. *Transparency International* und die Antikorruptionskommission bereiteten 2019 ein neues Verfahren gegen ihn vor, dem er sich wohl durch seine Flucht entziehen wollte.

Korruption III – neuer Elan

Korruptionsvorwürfe werden von der gegenwärtigen Regierung auf verschiedenen Ebenen verfolgt. Es gibt dafür jetzt eine Abteilung bei der Polizei, einen Ausschuss im Parlament, die Antikorruptionskommission, eine Kommission zur Rückführung gestohlenen staatlichen Eigentums und anderes mehr. Zivilgesellschaft und Medien haben nun wieder die Freiheit der Nachforschung und Veröffentlichung. Staat und Regierung werden sicherlich noch lange mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit auf dem Hintergrund der Korrumpierung aller staatlichen Einrichtungen durch den vorherigen Präsidenten zu kämpfen haben, von denen die genannten Beispiele nur die Spitze eines Eisberges darstellen.

Aufarbeitung politischer Morde ...

Gewaltverbrechen und Morde an Journalisten sind ein weiterer Bereich, den die gegenwärtige Regierung aufzuarbeiten versucht. Bereits am Tag nach seiner Amtseinführung richtete Präsident Solih eine Präsidialkommission zur Klärung unaufgeklärter Morde und Entführungen ein und stattete sie mit polizeilichen und staatsanwaltlichen Kompetenzen aus. Damit löste er ein Wahlversprechen ein. Diese Kommission klärte mehrere Mordversuche auf, so an Blogger Ismail Khilath Rasheed 2012 und Parlamentsmitglied Dr. Afrashjeem Ali 2012, die Entführung und Ermordung des Journalisten Ahmed Rilwan 2014 und den Mord an Blogger Yameen Rasheed 2017. Alle Genannten hatten online mit der Öffentlichkeit über Menschenrechte, Religion und über soziale und politische Fragen kommuniziert. Sie waren Teil einer informellen „Freidenker“-Gruppe von etwa 30 Menschen, die sich ab 2011 in Male an einem aufgeschütteten Strand trafen, um schweigend für Religionsfreiheit zu demonstrieren. Die Malediven sind ein Gottesstaat, der Islam ist Staatsreligion. Niemand kann die Staatsangehörigkeit haben, ohne Muslim / Muslima zu sein. Die Gruppe wurde mehrmals von islamischen Fundamentalisten angegriffen.

... durch Präsidialkommission und Parlament

Der Bericht der Kommission wurde dem Parlament übergeben, dort in einem Fachausschuss diskutiert, in einer Zusammenfassung der Presse vorgelegt und ins Englische übersetzt. Demzufolge bildeten sich 2010 und 2011 aus Besuchern der Noor- und Faruque-Moscheen in Male je eine Extremistengruppe, die den *Al Nusra*- und *Al Baghdadi*-Terrorideologien folgen und nach Syrien ausreisen wollten. In der Zwischenzeit wollten sie den *Dschihad* auch schon in den Malediven beginnen. Ihr erstes Ziel war die Freidenker-Gruppe. Ismail Khilath Rasheed wurde bei einem Angriff eine schwere Kopfwunde zugefügt. Einige Wochen später wollte ihn eine Gruppe Dschihadisten ermorden. Sie schlitzen ihm den Hals auf, aber Ismail Khilath Rasheed überlebte. Dr. Afrashjeem Ali, ein Parlamentsmitglied, war als moderater islamischer Rechtsgelehrter bekannt. Für die Extremisten war er ein Feind des Islam. Er wurde am Treppenaufgang zu seiner Wohnung erstochen. Ahmed Ril-

wan war ein bekannter Investigativ-Journalist, weshalb lange davon ausgegangen wurde, er sei im Zusammenhang mit der Aufdeckung von Korruptionsfällen entführt und umgebracht worden. Der Kommissionsbericht zeigt aber auf, dass Rilwan auf ein Boot entführt und dort enthauptet wurde. Die maledivischen Köpfe der Extremistengruppen fürchteten, er würde die Öffentlichkeit über sie und ihre *Dschihadi*-Rekrutierungs- und Entsendepraxis informieren. Der Satiriker, Komödiant und Blogger Yameen Rasheed wurde von sechs jungen Extremisten erstochen, weil er säkular eingestellt und gegen den Islam sei.

Im Umgang mit dem Kommissionsbericht trat ein erster deutlicher Riss zwischen dem Präsidenten Solih und seinem Vorgänger Mohamed Yasheed zu Tage, jetziger Parteiführer und Parlamentssprecher. Solih war gegen die Weitergabe des Berichts an das Parlament, die dortige Ausschussdiskussion und die summarische Veröffentlichung seiner Ergebnisse, bevor nicht alle Verdächtigen festgenommen waren. Yasheed war dafür, den Angehörigen und der Öffentlichkeit endlich Klarheit zu verschaffen. Er nahm dafür einen Imageschaden der Polizei in Kauf, indem die Unzufriedenheit der Kommission mit der Nachlässigkeit der polizeilichen Nachforschungen bekannt wurde. Eine Anzahl Beschuldigter war bereits untergetaucht.

ISIS-(Islamischer Staat in Irak und Syrien)/*Al Nusra*-Extremisten scheinen auf den Malediven nach wie vor aktiv zu sein. Ein Mann, der sich in den sozialen Medien islamkritisch geäußert hatte, erhielt Todesdrohungen. Islamkritik ist auf den Malediven nach wie vor ein Vergehen, das mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft wird. Die Polizei verhaftete ihn, er wird angeklagt.

Überschuldung

Neben den geostrategischen, den wirtschafts-, gesellschafts- und religionspolitischen Fragen muss die neue Regierung auch das Problem der drohenden Überschuldung in Angriff nehmen. Die Finanzpolitik der Vorgängerregierung war ihrer Wirtschafts- und Zentralisierungspolitik untergeordnet. Die zwar kleine, aber über 1000 Kilometer von Nord nach Süd verteilte Bevölkerung der Malediven sollte Zugang zu einem modernen Lebensstandard mit Hochschulen, spe-

zialisierter Gesundheitsversorgung, effektiver Verwaltung und Infrastruktur erhalten. Die „*Progressive People's Party*“, der Regierungspartei des ehemaligen Präsidenten Yameen, plante 2013 ein voluminöses Vorhaben: die Nachbarinsel Hulhumale durch Aufschüttungen künstlich zu erweitern, den internationalen Flughafen auszubauen, Gebäudeblöcke für etwa 11.000 Wohnungen, Geschäfte, soziale Infrastruktur und anderes zu errichten, die Elektrizitätsversorgung dem künftigen Bedarf der Metropole anzupassen, eine Brücke zwischen der Hauptstadt Male und Hulhumale zu errichten und die touristische Infrastruktur durch viele neue Ressorts auszudehnen. Von den knapp 400.000 Bewohner(inne)n der Malediven sollten etwa 240.000 in diesem Agglomerat Arbeit, Wohnung und Auskommen finden. Diese Pläne ließen sich mit der „*Belt und Road*“ („Neue Seidenstraße“) -Strategie der chinesischen Regierung gut in Einklang bringen. Bereits 2014 kam der chinesische Präsident zu einem Staatsbesuch nach Male. Die Finanzierung für diese Großprojekte und ihre bauliche Umsetzung durch den chinesischen Staat, die *Exim*- Staatsbank, Privatbanken und Unternehmen wurden beschlossen, und die Arbeiten begannen zügig. Diese Vereinbarungen konkretisierten die geopolitische Neuorientierung der Malediven, die seit 2013 diskutiert worden war – weg von Indien und hin zu China. Man vereinbarte unter anderem den Aufbau einer maritimen Beobachterstation auf dem nördlichsten Atoll der Malediven, vorgeblich um den Schiffsverkehr zu beobachten und zu schützen. Etwa 40 Prozent des maritimen Welthandels wird auf dieser Route zwischen Europa und Asien abgewickelt. 2017 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen den Malediven und China unterzeichnet, wenngleich die Malediven genau zwei Exportprodukte haben: Tourismus und Thunfisch.

Chinesische Zwangsjacken

Seither sind der Flughafen, die Brücke, die elektrische Infrastruktur, eine Reihe von Wohnblöcken sowie eine Anzahl neuer Ressorts gebaut worden. Den Angaben der maledivischen Staatsbank zufolge wurden etwa 1,5 Milliarden US-Dollar für diese Projekte bei der chinesischen Regierung sowie chinesischen Staats-, Privatbanken und Unternehmen aufgenommen, davon 600 Millionen US-Dollar direkt vom ma-

ledivischen Staat, etwa 935 Millionen von maledivischen Privatunternehmen. Letztere wurden alle mit einer staatlichen Garantie versehen. Das Bruttoinlandsprodukt der Malediven lag 2018 bei 3,9 Milliarden US-Dollar. Die neue Regierung unter Präsident Solih veranlasste sofort nach dem Regimewechsel einen Kassensturz und befürchtet, die Zinszahlungen könnten den Staatshaushalt überfordern. Es ist ebenso unklar, ob schon alle Verbindlichkeiten, für die der maledivische Staat eine Garantie ausgesprochen hat, bekannt sind. Parlamentssprecher Yasheed berichtete in der Presse (Reuter) von einem Treffen des Staatspräsidenten und ihm selbst mit dem chinesischen Botschafter am Tag nach der gewonnenen Wahl. Der Botschafter habe dem Präsidenten eine Rechnung zur Begleichung der Schulden des Landes bei China überreicht, die sich diesem Schreiben zufolge auf 3,2 Milliarden US-Dollar summierten. Informierte Kreise der Staatsbank bestätigen, dass Garantien des Staates für viele private Investitionsvorhaben mit chinesischen Krediten gegeben wurden, aber der Staatsbank nicht vorliegen. Offiziell wurde die Höhe der chinesischen Kreditverpflichtung nie nach oben korrigiert. Auch der IWF warnt vor künftigem Schuldenstress, selbst bei der Höhe der offiziell bekannten Daten.

Unterdessen sind die Sorgen in den Malediven groß, die Chinesen könnten dem Beispiel aus Sri Lanka folgend eine Bezahlung der Schulden durch Zugänge zu Inseln oder Häfen fordern und so die Souveränität des Landes einschränken. Deshalb bemüht sich die neue Regierung, von der chinesischen Seite eine Reduzierung der Schuldenhöhe und eine Flexibilisierung der Konditionen zu erhalten. Man argumentiert, die Kostenkalkulationen für die geplanten Investitionen seien von Anfang an überhöht ausgelegt gewesen, sodass ein erheblicher Teil davon in private Taschen abwandern konnte. Bisher hat die chinesische Seite dieses Anliegen abgelehnt. Vorsorglich schloss Präsident Solih direkt nach seinem Amtsantritt bei einem Besuch in Neu-Delhi eine Kreditvereinbarung mit dem indischen Premier Narendra Modi ab. Danach sollen bis zu 1,4 Milliarden US-Dollar im Bedarfsfall verfügbar gemacht werden, falls die chinesischen Verpflichtungen zu den befürchteten Souveränitätseinschränkungen führen könnten.